

II-5788 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2882/J

1992 -05- 06

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Langthaler, Freunde und Freundinnen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend Versäumnisse und Perspektiven der österreichischen Anti-Atom-Politik

Die europäische Atomlobby arbeitet intensiv an einer Überlebensstrategie auf Basis des Hoffungsmarktes der ehemaligen Ostblockländer. Von Entwicklungen im Bereich geplanter Stromlieferverträge, Finanzierungen durch die EBRD, das EG-Programm PHARE und von der Form der Konkretisierung der Europäischen Energiecharta wird bereits in naher Zukunft das Scheitern oder die Fortführung dieser menschenverachtenden Technologie abhängen. Österreich kann und muß diese Entscheidung mit beeinflussen, sofern der Kurs der teilweisen Unterstützung dieser Machenschaften verlassen wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie folgende

ANFRAGE:

1. Sind Ihnen im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Beznau, 100 Kilometer vor der österreichischen Grenze, Untersuchungen des Öko-Institutes Darmstadt bekannt, wonach eine Nachrüstung technisch nicht zielführend sei, die Mehrfachauslegung einzelner Sicherheitssysteme nicht machbar, und somit einzelne sicherheitsrelevante Bereiche in einem schlechteren Zustand als in Kosloduj seien?
2. Anlässlich des Ansuchens der Betreiber um eine Dauerbetriebsgenehmigung für Block 2, die einem Freibrief für eine mögliche Katastrophe gleichkäme, haben auf Basis Schweizer Verfahrensrechtes österreichische Landtagsabgeordnete aller Parteien Einsprache erhoben, und teils um Gewährung einer Nachreichfrist zur Erstellung einer Expertise aus österreichischer Sicht angesucht. Haben Sie, vergleichbar mit dem

Einspruch Ihrer Vorgängerin im Fall Wackersdorf, von der Möglichkeit der Einsprache im Rahmen der Frist bis 28. April 1992 Gebrauch gemacht?

3. Derzeit wird in Einklang mit der EG die Europäische Energiecharta konkretisiert, was unter anderem in Osteuropa die Weichen in Richtung Atomausbau stellen würde, auch rechnet man z. B. in Temelin mit der Bereitstellung der für den Weiterbau nötigen Mittel aus dem EG-Programm PHARE. Im Gegensatz dazu wird versucht, die Tatsache kernenergiefreier EG-Mitgliedsstaaten als liberale EG-Haltung im Atombereich darzustellen, bzw. den EURATOM-Vertrag als "veraltet" zu verharmlosen. Teilen Sie aufgrund oben angeführter Fakten diese Auffassung, bzw. welche Stellungnahmen haben Sie zu diesen Umständen im Rahmen Ihrer Möglichkeiten bereits abgegeben?
4. Sind Ihnen Anträge von EURATOM-Mitgliedsstaaten bekannt, die sinngemäß zum Inhalt die Änderung des EURATOM-Vertrages dahingehend hatten, daß oberste Zielsetzung die gesamteuropäische Erarbeitung von Ausstiegsmöglichkeiten werden soll?
5. Wenn ja, wann, von welchen Ländern und mit welchem konkreten Inhalt wurden solche Anträge eingebracht, und welche Auswirkungen hatte das?
6. In welcher Weise, mit welchem konkreten Inhalt, würde Österreich im Falle einer EG- bzw. EURATOM-Mitgliedschaft derartige Anträge zur Änderung des EURATOM-Vertrages in Richtung Atomausstieg einbringen?
7. In welcher Weise erhalten Sie Berichte über die aktuellen Sitzungen und Konferenzen der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO)?
8. Ist Ihnen bekannt, ob anlässlich oder vor der Mitgliedschaft Österreichs im Gouverneursrat der IAEO seitens der österreichischen Vertreter Anträge auf Statutenänderung in Richtung neuer Zielsetzung als "Internationale Atomausstiegs Organisation" eingebracht wurden?
9. Ist Ihnen bekannt, ob Österreich im Rahmen der geplanten Nachrüstung des KKW Bohunice Mitsprachemöglichkeiten auf Basis der "Bohunice-Kommission" besitzt, bzw. wenn ja, ob diese Möglichkeit wahrgenommen wird?
10. Werden Sie anlässlich der geplanten, aber angezweifelten Nachrüstung für eine Neukonstituierung der Bohunice-Kommission zwecks wissenschaftlicher Bewertung dieser Maßnahmen eintreten?
11. Sehen Sie die soeben mit der Ukraine über 15 Jahre und eine Menge von 10.800 GWh abgeschlossenen Stromlieferverträge als förderlich für den Ausstieg aus der Atomindustrie, bzw. haben Sie dazu Stellung bezogen?
12. Haben Sie gegen die derzeit geplanten Finanzierungen osteuropäischer Kernanlagen durch die EBRD im Rahmen Ihrer Möglichkeiten Stellung bezogen?

13. Mit welchen Ihrer Ministerkollegen aus anderen Staaten -mit Ausnahme der CSFR- haben Sie bereits Gespräche über gemeinsame Vorgangsweisen bei der Entwicklung und Umsetzung von Atomausstiegsstrategien geführt, was waren die konkreten Inhalte und Ergebnisse, und mit welchen Ihrer österreichischen Kollegen wurde dies koordiniert?
14. Ist Ihnen bekannt, daß die seitens des tschechischen Umweltministers begrüßte Ausbildung von CSFR-Technikern zu Anti-Atom-Energieberatern -mit dem Ziel der Gründung eines ersten Energieberatungsinstitutes und Solaranlagen selbstbaugruppen in der Tschechei- von einem privaten oberösterreichischen Verein initiiert und bereits mehrmals durchgeführt wurde, und daß für diesen Zweck trotz Antragstellung keine Mittel aus dem "Ost-Öko-Fonds" bereitgestellt wurden?
15. Auch einzelne Kleinunternehmen, die es sich in der Tschechei zur Aufgabe gemacht haben, Alternativen zur Wärme- und Stromversorgung aus Kernkraftwerken im lokalen Bereich anzubieten, sehen aufgrund fehlender Mittel des tschechischen Umweltministeriums kaum Zukunftschancen. Diese Projekte beziehen sich aber entweder nicht auf immaterielle Leistungen, oder es kann keine direkte Reduktion der auf Österreich einwirkenden Emissionen nachgewiesen werden, womit es nicht den Förderungsrichtlinien des "Ost-Öko-Fonds" entspricht. Könnten Sie eine dahingehende Änderung der Richtlinien akzeptieren?